

EMPFEHLUNGEN AN DIE EU

Die Kontinuität der wesentlichen sozialen Betreuungs- und Unterstützungsdienste zu gewährleisten

Stand: 20.März 2020

Prioritäre Fragen bezüglich der Bedrohung der sozialen Betreuung und Unterstützung

1. Sichere Finanzen für die Anbieter von sozialer Betreuung und Unterstützung

- Vielen Anbietern von Sozialfürsorge und -unterstützungsdiensten, insbesondere den gemeinnützigen Organisationen, wurde die Finanzierung der Bereitstellung wichtiger Pflegedienste nicht garantiert (obwohl sie gesetzlich noch Löhne usw. zahlen müssen), wodurch ihre Nachhaltigkeit und ihre Fähigkeit zur Lohnzahlung usw. gefährdet wird.

1. Herausforderungen bei der Personalbesetzung, die zur Schließung/Einfrierung der formellen Pflegedienste führen

- Personalmangel Erwartungen in den kommenden Wochen, wenn Mitarbeiter krank werden, nicht mehr zur Arbeit kommen, keine Löhne zahlen können usw. Bemühungen um mildernde Maßnahmen: Identifizierung von Freiwilligen, Studenten der Sozialfürsorge.
- Vereinfachte Maßnahmen zur Notfallrekrutierung von Personal, das aus Angst vor einer Ansteckung oder Problemen mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zur Arbeit kommt.
- Verwaltung der kontinuierlichen Zahlung von Gehältern an gegenwärtiges und eventuell zusätzliches Personal und erfahrene/qualifizierte Freiwillige (Arbeitende und Arbeitsunfähige - Kranke/Quarantäne) und Gewährleistung sicherer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.
- Grenzsicherungen, die zu Personalmangel in Ländern/Gebieten führen, die auf grenzüberschreitende Pflegekräfte angewiesen sind (Luxemburg, Schweiz, Österreich, Deutschland usw.)

2. Mangel an Produkten, die eine kontinuierliche Versorgung und neue Formen der Pflege ermöglichen

- Vielen Pflegekräften fehlt es an wichtiger Schutzausrüstung oder sie müssen ihre eigene Ausrüstung (Masken, Handschuhe usw.) kaufen; dies führt zu unsicheren Arbeitspraktiken.
- Schwierigkeiten bei der Beschaffung wichtiger Medikamente für Menschen, die sich in Pflege oder in verletzlichen Situationen befinden.
- Herausforderungen bei der Beschaffung neuer Produkte oder Dienstleistungen, die erforderlich sind, um sich an neue Formen der Dienstleistungserbringung anzupassen, wie z.B. der Kauf von Lunchpaketen, die den Dienstleistungsnutzern geliefert werden, um sicherzustellen, dass sie essen.

3. Fehlende Anleitung für Dienstleister zur Bewältigung von Notfall/Krisen

- Öffentliche Behörden haben nicht immer Pläne für die Kontinuität der Sozialfürsorge, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Dienstleistern.
- Bestehendes Risiko, die Besonderheiten der sozialen Betreuung und Unterstützung nicht zu berücksichtigen, was zu einer sozialen Notlage führt, insbesondere für gefährdete Personen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen usw.).
- Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Fachwissen und der Reaktion auf spezifische Herausforderungen im Bereich der sozialen Betreuung und Unterstützung.
- (Risiko der) mangelnden Koordination zwischen nationalen Behörden, regionalen und lokalen Behörden und den vielen kleinen privaten Anbietern von Pflege und Unterstützung.
- Mangel an Anleitung, Fachwissen und Know-how für Dienstleistungsanbieter im Umgang mit Notfällen/prekären Situationen.

4. Besondere Herausforderungen in Ländern/Gebieten mit schwächeren Sozialfürsorgesystemen.

5. Wichtigkeit der Erleichterung des Zugangs zu Gesundheitssystemen und Informationen für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, da es an zugänglicher Gesundheitsversorgung, leicht lesbaren Informationspaketen und an Kenntnissen über die Reaktion auf die Bedürfnisse bestimmter Arten von Behinderungen (z.B. Down-Syndrom, Alzheimer usw.) mangelt.

6. Bedeutung der Berücksichtigung spezifischer Realitäten und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und Unterstützungsbedarf bei der Entwicklung von COVID-19-Reaktionsstrategien (einige Menschen verstehen nicht, warum Spaziergänge nicht möglich sind oder warum Familien nicht zu Besuch kommen können, oder andere solche Aspekte). Reaktionen des öffentlichen Gesundheitswesens (und anderer Dienste) müssen diese Aspekte berücksichtigen.

EASPD-Empfehlungen für Behörden

Wir empfehlen den Behörden auf allen Ebenen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontinuität der sozialen Betreuung und Unterstützung sowie den Zugang zu Schutzausrüstung für das Personal zu unterstützen und zu gewährleisten:

- sich mit Anbietern von Sozialfürsorge und -unterstützungsdiensten - und ihren Dachverbänden - auf täglicher Basis auszutauschen, um Herausforderungen, aufkommende Trends usw. zu verstehen.
- Notwendigkeit der Schaffung von Kontinuitätsstrategien, um sicherzustellen, dass denjenigen, die die Pflege am dringendsten benötigen, auch weiterhin Pflege gewährt wird, insbesondere wenn die Verfügbarkeit von Pflegepersonal eingeschränkt ist.
- Sicherstellen, dass die Anbieter von Sozialfürsorge und -unterstützungsdiensten über sichere Finanzen verfügen, um die Pflegeleistungen (Lohnzahlungen, Kauf von Produkten und Dienstleistungen usw.) fortzusetzen, unabhängig von Verlusten einiger Dienstleistungen aufgrund des COVID-19-Ausbruchs und der betroffenen

Maßnahmen zur Priorisierung . Es können auch zusätzliche Kosten anfallen, um die Versorgung z.B. durch Online-Tele-Care-Technologien sicherzustellen.

- Gewährleistung einer ausreichenden Personalausstattung durch sichere (und vielleicht zusätzliche) Finanzierung und Erleichterung der Einstellungsverfahren, um eine ausreichende Personalausstattung in den kommenden Wochen zu gewährleisten (einschließlich beispielsweise kürzerer oder vorrangiger Kontrollen für Betreuer).
- Sicherstellen, dass bei der Bereitstellung von Schutzausrüstung, Medikamenten und Nahrungsmitteln Prioritäten gesetzt werden, damit die Grundversorgung für alle gewährleistet werden kann und die Arbeitnehmer gesund und sicher arbeiten können. Außerdem sollte das Testen auf den Virus von Fachkräften der Sozialfürsorge und von Personen mit Unterstützungsbedarf Vorrang haben, um die Ausbreitung im Bereich der Sozialfürsorge einzudämmen.
- Hilfe bei der Einrichtung einer Hotline zur effektiven Kommunikation mit Personen mit Unterstützungsbedarf, ihren Betreuern und formellen Pflege- und Unterstützungsanbietern.
- Erleichterung des Austauschs von Informationen und Fachwissen zwischen Dienstleistungsanbietern und Behörden auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

EASPD-Empfehlungen an die Europäische Union

- EASPD unterstützt die Bemühungen um die Corona Response Investment Initiative, den Stabilitäts- und Wachstumspakt, staatliche Beihilfen, rescEU und andere Maßnahmen sehr.
- Bei der praktischen Umsetzung dieser Maßnahmen muss die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten und Behörden dazu ermutigen, die oben genannten Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontinuität der Versorgung der sozial Schwächsten und der Menschen, die keine Alternativen haben, zu gewährleisten. Dies betrifft ältere pflegebedürftige Menschen, aber **auch und ebenso wichtig Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Menschen mit chronischen Krankheiten usw.**
- Die Europäische Kommission muss auch dazu beitragen, zusammen mit den europäischen Netzwerken der Anbieter von Sozialdienstleistungen eine Wissensplattform einzurichten, um bei der Reaktion auf COVID-19 zu beraten, Anleitung zu geben und vielversprechende Praktiken - von der Politik bis hin zu praktischen Schritten auf lokaler Ebene - europaweit auszutauschen. EASPD ist bereit, diesen Prozess zu initiieren und die Schritte, die wir derzeit unternehmen, weiter zu verstärken.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Luk Zelderloo: luk.zelderloo@easpd.eu